

Öl und Gas in der Arktis heiss begehrt

Staaten und Unternehmen ringen um den Zugang zu den Bodenschätzen rund um den Nordpol – Riesige Vorräte – Erschliessung birgt Gefahren für die Umwelt

MARTIN GOLLMER

Um die riesigen Rohstoffvorkommen in der Arktis hat unter Staaten und Unternehmen ein intensiver Wettlauf begonnen. Russland und russische Energiekonzerne zeigen sich besonders aktiv. Aber das Finden und Fördern von Öl, Gas und anderen Ressourcen in dem Gebiet rund um den Nordpol ist technisch schwierig, kostspielig und eine Gefahr für die Umwelt.

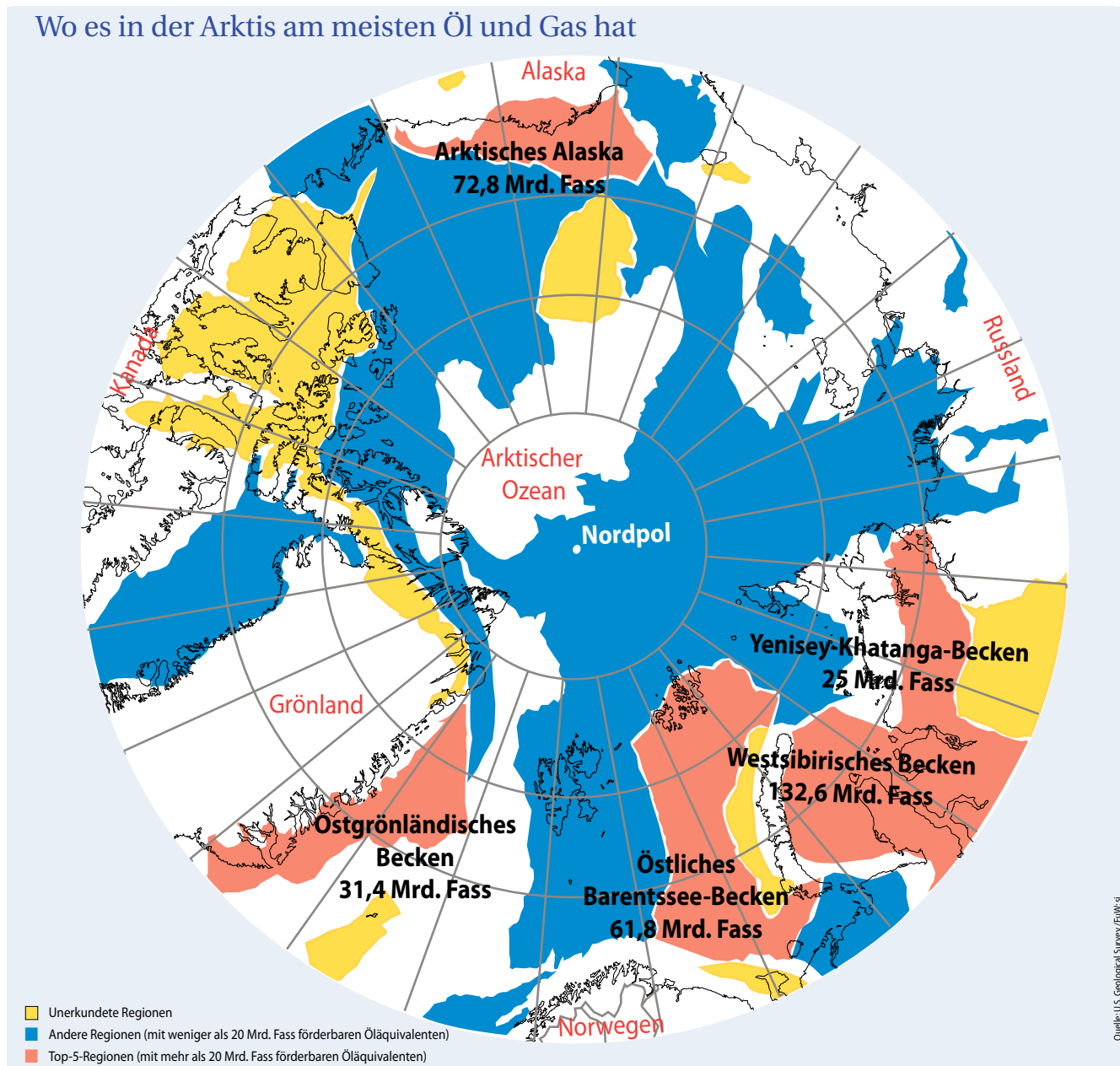
Die Arktis umfasst 21 Mio. Quadratkilometer – gerade mal 6% der Landmasse der Erde, aber doppelt so gross wie Europa. Der amerikanische geologische Dienst schätzt, dass die Region Öl und Gas im Umfang von 412 Mrd. Fass Öläquivalenten enthält – 22% der weltweit noch unentdeckten Öl- und Gasreserven. Öl allein soll in der Menge von 90 Mrd. Fass vorhanden sein. Das deckt den globalen Bedarf von drei Jahren. Wichtig sind vor allem drei Ölprovinzen (vgl. Grafik): das arktische Alaska (USA), das Kanadabecken und Ostgrönland (Dänemark).

Gas bedeutender als Öl

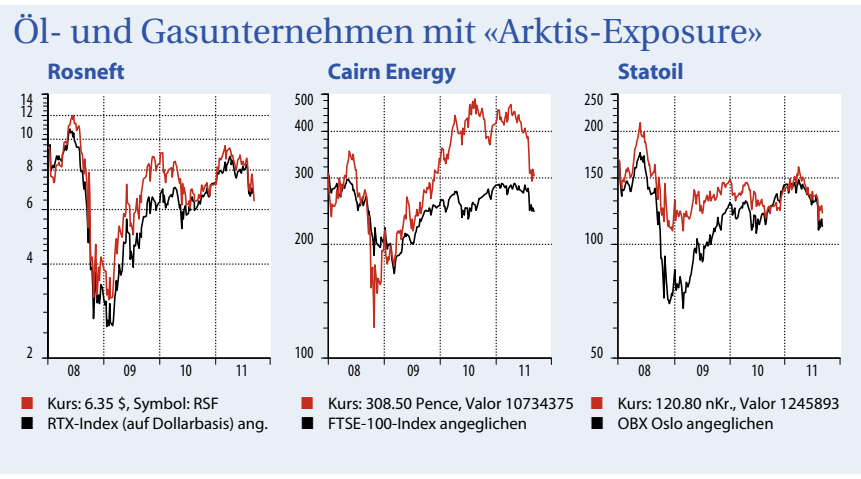
Noch interessanter als Öl ist Gas. Davon könnte es in der Arktis 47 Bio. Kubikmeter geben, ausserdem 44 Mrd. Fass Flüssiggas. In Öläquivalent umgerechnet sind diese Vorkommen dreimal so gross wie die vermuteten arktischen Öllagerstätten. Beim Gas sind vor allem drei Provinzen wichtig: das westsibirische Becken (Russland), die östliche Barentssee (Norwegen/Russland) und erneut das arktische Alaska (USA).

Damit nicht genug: Am Meeresboden der Arktis lagern auch gigantische Mengen von in Eis gebundenem Methan, und es existieren grosse Lagerstätten mit Gold, Silber und Platin. Zudem gibt es dort seltene Stoffe wie Gallium, Indium und Tellur, die in der Halbleiterindustrie eingesetzt werden, sowie Vorkommen von Mangan, Nickel, Kupfer und Diamanten.

Bei diesen Aussichten, was es da zu holen gibt, erstaunt es nicht, dass die Anrainerstaaten mit aller Vehemenz Besitzansprüche geltend machen. Das Problem, weshalb sich die USA, Kanada, Russland, Dänemark und Norwegen streiten, ist: Die Arktis ist kein Kontinent, sondern ein internationales Gewässer. Gemäss dem internationalen Seerechtsübereinkommen hat ein Anrainerstaat innerhalb eines zweihundert Seemeilen (370 Kilometer) breiten Streifens entlang der Küste das alleinige Recht, die im Meeresboden befindlichen Schätze auszubehuten. Diese Zone heisst Festlandsockel.



Über dieses Gebiet hinaus kann ein Staat die Bodenschätze nur für sich beanspruchen, wenn er beweist, dass der Festlandsockel vor seiner Küste weiter ins Meer hinausreicht als zweihundert Seemeilen. Und genau das versuchen die Anrainerstaaten der Arktis zu tun. Dabei gehen sie manchmal spektakulär vor: Am 2. August 2007 tauchte das russische Unterseeboot «Mir 1» unter das Eis der Arktis ab und setzte am geografischen Nordpol eine russische Flagge aus rostfreiem Titan auf den Meeresgrund. Russland, das sich einen Terraingewinn von mindestens einer halben Mio. Quadratkilometer erhofft, und Norwegen haben bei den zuständigen Uno-Behörden bereits Nachweise eingereicht. Die



USA, Kanada und Dänemark haben noch bis 2014 Zeit, dies zu tun. Auch die Energiekonzerne bringen sich in Position. Den vorläufig letzten Stellungsbezug haben die Rosneft (Russland) und Exxon Mobil (USA) gemacht. Sie vereinbarten vergangene Woche, gemeinsam die russische Karasee nach Öl und Gas zu erkunden (vgl. FuW vom Samstag). Schon früher haben Gazprom (Russland), Total (Frankreich) und Statoil (Norwegen) beschlossen, das in der Barentssee gelegene Schtokman-Gasfeld zu erschliessen.

Royal Dutch Shell ist derweil in Alaska am Werk. In einem hürdenreichen Kampf vor Behörden und Gerichten versucht der britisch-niederländische Multi, die Erlaubnis für Explorationsbohrungen vor der Küste zu erhalten. Schon am Bohren ist Cairn Energy. Die Briten haben vor Grönland zwar Indizien für Öl- und Gaslager gefunden, eine erste Probebohrung erbrachte aber kein konkretes Ergebnis.

Grosse Herausforderungen

Die Entwicklung der Öl- und Gasvorkommen in der Arktis stellt die Unternehmen vor enorme Herausforderungen. Sie müssen in einer menschenfeindlichen Umgebung erst die gesamte Infrastruktur für die Bohrungen erstellen. Dann müssen sie Bohrplattformen bauen, deren Stahl monatelang tiefste Temperaturen aushalten kann, ohne brüchig zu werden, und die Eisbergen ausweichen können. Eine solche Bohrinself allein kostet 15 Mrd. \$. Und für die Erschliessung etwa der Karasee rechnet der russische Premierminister Wladimir Putin mit Gesamtkosten von 500 Mrd. \$. Weiter müssen sie Massnahmen ergreifen, um Umweltverschmutzungen zu vermeiden und bei Unfällen schnell reagieren zu können. Wegen dieser Gefahren für die Umwelt fordern Organisationen wie der WWF ein Moratorium für die Ressourcenausbeutung in der Arktis.

Auf das Thema Öl und Gas in der Arktis zu setzen, ist schwierig. Reine «Arktisunternehmen» gibt es nicht. Selbst Cairn Energy, die vielleicht das grösste «Arktis-Exposure» der erwähnten Konzerne hat, besitzt noch ein bedeutendes anderes Energiegeschäft. Weil die Gesellschaft aber klein ist und für die Zukunft sehr stark auf Grönland setzt, riskiert sie viel – und dementsprechend risikofähig müssen interessierte Anleger sein. Ein tieferes Risiko geht ein, wer in Statoil investiert. Die Norweger haben eine grössere Kapitalbasis und sind, was die Öl- und Gasförderung angeht, geografisch breiter aufgestellt. Allfällige Misserfolge in der Arktis schlagen deshalb bei Statoil nicht so schnell zu Buche. Der Multi gilt zudem als Spezialist für harsche klimatische Bedingungen.

Italiens Banken stehen auf wackligen Füßen

Der hohe Bestand an Staatspapieren sorgt für Unruhe – Das Volumen fauler Kredite nimmt wegen des schwachen Wirtschaftswachstums tendenziell zu

Seit die internationalen Finanzmärkte auch Italien als Kandidaten für eine Zahlungskrise ausgemacht haben, finden die italienischen Banken keine Ruhe mehr. Nachdem Moody's Ende Juni das Kreditrating der dreizehn grössten Institute des Landes unter Beobachtung mit einer möglichen Rückstufung gestellt hatte, folgte vergangene Woche die Herabsetzung des Ratings von Ubi Banca auf A2.

Das vergrösserte die Unruhe, weil Ubi Banca nicht zu den dreizehn Grossen gehört und deshalb das ganze Bankensystem über kurz oder lang ins Visier der internationalen Wächter geraten könnte. Umso mehr, als Moody's in der Begründung der Herabstufung von Ubi Banca vor allem die «geringe Effizienz und die mangelhafte Qualität der Assets» moniert. Faktoren, die viele italienische Banken betreffen.

Explosives Gemisch

Kein Wunder, dass Nomura daraus eine radikale Schlussfolgerung gezogen hat: Das japanische Finanzhaus hat am Montag das Kursziel für alle italienischen Banken und in in vielen Fällen auch die Anlageempfehlung auf «Verkauf» gesenkt – mit wenigen Ausnahmen wie Unicredit und Mediobanca, die weiterhin als «Kauf» eingestuft werden.

Die italienischen Kreditinstitute schienen nach Ausbruch der Griechenlandkrise lange vor einer Ansteckung gefeit. Die Entdeckung des explosiven Potentials, das in der hohen (und ständig weiter wachsenden) Staatsschuld Italiens steckt, liess aber bald auch die italienischen Banktitel wanken. Und zwar so heftig, dass die Kurse in kurzer Zeit dramatisch absackten und die Börsenkapitalisierung mit nach unten rissen. Eine der Folgen davon ist, dass die Aktien der beiden grössten Banken des Landes, Unicredit und Intesa Sanpaolo, Ende August aus dem europäischen Index Stoxx 50 ausschieden.

An Elementen, die in dieser Phase ein Engagement in italienischen Finanzwerten riskant machen, fehlt es nicht. Dazu gehört vor allem der hohe Bestand an italienischen Staatspapieren, die die Institute in ihren Portefeuilles führen. Laut Verbandsangaben summierte er sich bei den fünf grössten Banken per Ende Juni auf rund 150 Mrd. €. Davon entfielen 64 Mrd. auf Intesa Sanpaolo und 39 Mrd. auf Unicredit. Weitere 50 Mrd. € liegen im übrigen Bankensystem. Rechnet man auch lediglich die 50 Mrd. € hinzu, die von Assicurazioni Generali, Italiens grösster Versicherung, gehalten werden, kommt man auf 250 Mrd. € oder 15% der derzeit im Umlauf befindlichen Staatspapiere.

Ein weiterer Grund zur Unruhe besteht darin, dass die faulen und zweifelhaften Kredite wegen des schwachen Wirtschaftswachstums – den jüngsten Prognosen zufolge maximal 0,75% im kommenden Jahr, nach höchstens 1% im laufenden – nicht ab-, sondern zunehmen. Der Bestand an solchen Krediten belief sich für die fünf Branchen-grössten per Ende Juni auf netto 88

Mrd. €. Das sind 3 Mrd. € mehr als im Jahr zuvor.

Margendruck

Besonders schlecht sah es diesbezüglich bei Unicredit aus mit einem Volumen von 38,2 Mrd. € gegenüber 21,2 Mrd. € im Fall von Intesa Sanpaolo. Letzterer ist es in erster Linie zu verdanken, dass die faulen

und zweifelhaften Kredite der beiden Branchengrössten nur 6% ihres gesamten Darlehensvolumens entsprachen. Wesentlich schlechter stehen in diesem Vergleich Banco Popolare mit 10% und Monte dei Paschi mit 8,1% da. Nicht zufällig gehören die Aktien der beiden Banken zu denen, die in den vergangenen Monaten die höchsten Kursverluste erlitten haben.

Geringes Wachstum im Inland, zunehmende Schwierigkeiten auf den Auslandsmärkten und unsichere Zahlungsverhältnisse drücken auf die Margen, was das Szenario noch mehr verdunkelt. Italiens grösstes Wirtschaftsforschungsinstitut, Prometeia, geht davon aus, dass das Bankensystem in der Dreijahresperiode von 2011 bis 2013 insgesamt einen Gewinn von höchstens 42 Mrd. € erwirtschaften wird – gegenüber dem bisherigen Rekordergebnis von 63 Mrd. € im Zeitraum 2005 bis 2007.

Auch am Montag konnten sich die Titel dem negativen Trend im europäischen Bankensegment nicht entziehen (vgl. Seite 24). Unicredit-Chef Federico Ghizoni versuchte am Dienstag die Märkte zu beruhigen und erklärte gemäss Reuters, der Bankensektor in Italien sei recht stark. Die Institute hätten trotz der Krise an den Märkten keine Einlagen verloren, sondern gewonnen. Geholfen hat dies den Aktienkursen aber nicht. **GD, Mailand**

